Abendausgabe

Nr. 615 / B 304 — 44. Jahrgang

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark im voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

*

Der „Vorwärts" mit den illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen" „Aus der Filmwelt", „Stadtbeilage" „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts" „Blick in die Bücherwelt", „Kulturarbeit" und „Technik" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag 29. Dezember 1927

10 Pfennig

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 60 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Petroleumfrieden in Amerika.

Normale Beziehungen zwischen Mexiko und Vereinigten Staaten hergestellt.

Washington, 29. Dezember.

Die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko hat einen weiteren großen Fortschritt gemacht. Das mexikanische Unterhaus nahm die vom Präsidenten Calles vorgelegte Novelle zum Petroleumgesetz in erster Lesung an. Damit wird die Genehmigungspflicht für vor dem 1. Mai 1917 erworbene Oelfelder gemäß der vor kurzem ergangenen Entscheidung des mexikanischen Obersten Gerichtshofes aufgehoben.

Die Einbringung dieser Novelle durch Präsident Calles hat in den hiesigen Regierungskreisen große Befriedigung ausgelöst; Präsident Coolidge erwiderte dieses Entgegenkommen, indem er dem Staatsdepartement die Anweisung gab, die Ausfuhr der von der mexikanischen Regierung in den Vereinigten Staaten angekauften, jedoch von der Regierung der USA. zurückgehaltenen 15 Flugzeuge und eines größeren Quantums Munition zu gestatten. Künftige Anträge der mexikanischen Regierung auf Waffen- und Munitionseinfuhr sollen wohlwollend geprüft werden, während bisher das Embargo der amerikanischen Regierung auf Ausfuhr von Waffen und Munition nach Mexiko gleichmäßig gegen die mexikanische Regierung wie gegen Privatpersonen aufrechterhalten worden war.

Die zwischen Calles und Coolidge anläßlich des Lindberghfluges gewechselten freundschaftlichen Telegramme sowie die anläßlich des Weihnachtsfestes in der amerikanischen Presse veröffentlichten Sympathiekundgebungen südamerikanischer Regierungschefs zur bevorstehenden Havannatagung haben hier die Zuversicht auf einen harmonischen Verlauf der Konferenz erzeugt, die durch die persönliche Anwesenheit Coolidges eine besondere Note nordamerikanischer Sympathie für die panamerikanische Idee erhalten wird.

Ein gewisses Unbehagen hat jedoch der Beschluß des amerikanischen Senats hervorgerufen, zugunsten der Errichtung eines lateinamerikanischen Staatenbundes eine Verfassungsänderung aller lateinamerikanischen Republiken dahingehend vorzunehmen, daß unter der Bedingung der Gegenseitigkeit den Angehörigen der anderen lateinamerikanischen Republiken die Staatsbürgerrechte gewährt werden. Mexiko würde also, falls das Unterhaus dem Senatsbeschluß zustimmt, allen Südamerikanern, die sich in Mexiko niederlassen, das mexikanische Bürgerrecht verleihen. In hiesigen politischen Kreisen wird jedoch dieser Beschluß mehr als Geste denn als praktisch bedeutsam aufgefaßt, da eine Ein- und Auswanderung zwischen den lateinamerikanischen Ländern kaum besteht, abgesehen von den bolivianischen Saisonarbeitern in den chilenischen Salpeterlagern und den chilenischen Landarbeitern auf den argentinischen Farmen; insbesondere ist die Auswanderung mexikanischer Arbeiter nach den Vereinigten Staaten sehr viel größer als die Einwanderung von Südamerika nach Mexiko. Man bezweifelt daher, daß der Beschluß des mexikanischen Senats in Südamerika ein nennenswertes Echo finden wird.

Noch immer Parlamentskrieg in Oklahoma.

Oklahoma, 29. Dezember.

Die Staatsmiliz im Staatskapitol verhinderte abermals die Senatoren, eine von ihnen einberufene Sitzung abzuhalten, um über das Anklageverfahren gegen den Gouverneur Johnston zu beraten. Die Senatoren erklärten daraufhin, sie würden in das Hotel zurückkehren, wo sie am Vormittag eine Sitzung abgehalten hatten. Es wurde ihnen jedoch bedeutet, daß eventuell Truppen verwandt werden würden, um irgendwelche Sitzungen außerhalb des Kapitols zu sprengen.

England nimmt . . .

Persien beklagt sich beim Völkerbund.

Genf, 29. Dezember.

Das Völkerbundssekretariat hat ein Schreiben des persischen Außenministers erhalten, worin die persische Regierung unter Berufung auf den Völkerbundspakt gegen den Artikel 6 des Vertrages zwischen Großbritannien und dem König von Hedschas, Ibn Saud, vom 20. Mai 1927, protestiert. In diesem Vertrage wird über mehrere arabische Gebiete, darunter auch die Bahrein-Inseln, verfügt. Persien erklärt diese Inseln als persischen Besitz und beruft sich auf eine englische Anerkennung aus dem Jahre 1869.

Vertuschung des Phoebusskandals?

Die Regierung verweigert die Veröffentlichung des Untersuchungsberichts.

Gegenüber der auch im „Vorwärts" veröffentlichten Meldung, daß der Bericht des Reichssparministers über die dunklen Filmgeschäfte des Reichswehrministeriums Anfang Januar dem Reichstag und damit auch der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll, hat die Reichsregierung das — nunmehr schon gewohnte — Dementi.

Die Art, wie sie sich weigert, dem Volke über die sinnlose Verquickung von Reichswehrgeldern mit privaten Filmunternehmungen Aufschluß zu geben, läßt darauf schließen, daß der Rechtsblock es auf eine Vertuschung der Skandalaffäre anlegt. Zunächst wird behauptet, der Reichssparkommissar sei mit dem Bericht noch gar nicht fertig. Nun wagen wir nicht zu bezweifeln, daß jeder Tag oder mindestens jede neue Woche neues Material über den Mißbrauch öffentlicher Gelder durch die Reichswehr zeitigt. Denn die Instanzenwege bei der Anlage solcher „Geschäfte" sind bekanntlich sehr verschlungen. Tatsache ist jedoch, daß der Bericht des Sparkommissars den Fraktionsführern bereits vorgelegen hat.

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, daß die Mitteilungen über Verluste des Reiches in Höhe von 8 bis 10 Millionen Mark durchaus zutreffen. Daraus müssen doch endlich einmal Konsequenzen gezogen werden. Das Volk hat ein Recht darauf, zu erfahren, was mit den Steuergeldern geworden ist, die das Reichswehrministerium unter Umgehung des Etatsrechts einer privaten Gesellschaft zugewendet hat. Wenn der Bericht des Sparkommissars noch ergänzt werden muß, so soll es auch schon anderwärts vorgekommen sein, daß Ergänzungen als Anlagen und Nachträge später geliefert wurden. Zu warten, bis die Veröffentlichung überhaupt keinen Sinn mehr hat, liegt daher kein Anlaß vor.

Das Mißtrauen in die Verschleppungsversuche des Rechtsblocks ist um so begründeter, als das Wehrministerium alles unterlassen hat, um wenigstens die geschäftlichen Rechte als Gläubiger gegenüber der Phöbusgesellschaft zu wahren. Entgegen dem Handelsgesetzbuch hat das Unternehmen noch nicht einmal den Geschäftsbericht von 1926 veröffentlicht. Seit Monaten weiß man, daß die Gesellschaft, die über ein Kapital von vier Millionen Mark verfügt, Verluste hat, die sein Kapital übersteigen. Trotzdem ist die Konkursanzeige nicht erfolgt, die nach dem Handelsgesetzbuch bereits bei Verlust des halben Aktienkapitals zu erstatten ist. Etatsrecht und Handelsrecht wurden also gebrochen, um die Oeffentlichkeit ja nicht über die sonderbare Geschäftsführung einer privaten Gesellschaft und einer Reichswehrstelle aufklären zu müssen. Dieses Verfahren steht einzig da und läßt doch wohl darauf schließen, daß der Skandal noch größer ist, als man bisher in der Oeffentlichkeit zuzugeben wagte.

Wenn schließlich dazu noch erklärt wurde, daß man mit Rücksicht auf die schwebenden Verkaufsverhandlungen alles unnötige Geräusch vermeiden müsse, so braucht bloß auf den Fall Barmat hingewiesen zu werden, wo das plumpe Vorgehen von staatlichen Behörden dem Reiche Millionen gekostet hat. Damals war man nicht so zimperlich. Für die Phöbus liegt die Sache jedoch noch viel einfacher. Das Reich hat seinen Besitz zu liquidieren. Die Reichstreuhandgesellschaft wird diese Aufgabe schon leisten, und es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß die Liquidation anders verlaufen wird, wenn man — wie bei anderen größeren Auseinandersetzungen in Privatunternehmungen — die Oeffentlichkeit unterrichtet. Im Gegenteil: Solange wildesten Kombinationen freier Raum bleibt, solange ist auch zu befürchten, daß das Reich an seinem Guthaben noch mehr verliert. Daher gebietet auch die geschäftliche Seite des Falles eine öffentliche Behandlung der Phöbusaffäre. Schweigt der Rechtsblock aber weiter, so wird die Oeffentlichkeit auch dieses Schweigen zu deuten wissen. Nur, daß die Deutung erst recht nicht von Vorteil für die Sachwalter des Rechtsblocks sein wird.

Der Kampf um den Wahltermin

Eine innere Streitfrage des Bürgerblocks.

In der Presse geht der Streit darüber, wann gewählt werden soll, weiter. Dabei stellt sich immer deutlicher heraus, daß es sich hier um eine innere Frage des Bürgerblocks handelt.

Die „Tägliche Rundschau" läßt heute die Katze aus dem Sack. Sie teilt mit, daß sich Herr Stresemann im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags ganz offen über die Bedeutung des Wahltermins ausgesprochen hat.

„Dabei," sagt sie, „ist niemals davon die Rede gewesen, daß die deutschen Wahlen vor den französischen Wahlen liegen sollten, wohl aber davon, daß es wünschenswert sei, zur Regelung mancher außenpolitischen Angelegenheiten nicht im entscheidenden Moment noch vor den Neuwahlen zu stehen, wodurch die Aktionsfähigkeit einer Regierung naturgemäß international behindert wird."

Offenbar bezogen sich auch die Mitteilungen der „Welt am Montag" auf diesen Vorgang im Auswärtigen Ausschuß. Dort war, um dies richtigzustellen, auch nicht von einer „Vereinbarung" zwischen Stresemann und Briand die Rede, sondern es war gesagt:

Es scheint aber, daß im Zusammenhang mit dem Problem der Rheinlandräumung der Wahltermin auch Gegenstand einer Unterredung zwischen Stresemann und Briand in Genf gewesen ist, und daß die beiden Staatsmänner sich darüber einig waren, daß es wünschenswert sei, wenn bald nach den französischen Wahlen, die wahrscheinlich am 6. Mai beendet sein werden, sich auch in Deutschland ein Kabinett am Ruder befindet, das nicht durch eine noch bevorstehende Entscheidung der Wähler in seiner Verhandlungsfähigkeit beschränkt ist.

Diese Darstellung ist ganz richtig. Um so interessanter ist es, daß heute der neue Chefredakteur der „Germania", Herr Dr. Buhla, in seinem Blatt mit größter Heftigkeit der Rechten beitritt, die aus Angst vor dem Wahlausgang den Wahltermin möglichst in die Ferne rücken möchte, obwohl sie weiß, daß aus einem solchen Vorgehen dem Reich außenpolitischer Schaden droht.

Für den Mann der neuen Richtung in der „Germania" ist es die Frage der Schulvorlage, hinter die alle anderen Interessen des Reiches zurücktreten müssen. Er schreibt:

Worauf aber die vereinigten Fraktionen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei und mit ihnen hoffentlich alle übrigen Koalitionsparteien den größten Wert legen, das ist die Verabschiedung des Reichsschulgesetzentwurfs. Es wäre eine falsche Annahme, zu glauben, daß das Zentrum etwa bereit sein könnte, seine Zustimmung zu einer Auflösung des Reichstages zu geben, ohne daß der Reichsschulgesetzentwurf erledigt ist. Wir glauben, daß die Koalitionsparteien über diese Auffassung im Zentrum hinreichend unterrichtet sind.

Ueber die Frage des Reichsschulgesetzes hat sich erst heute morgen Genosse Dr. Löwenstein im „Vorwärts" sachverständig geäußert. Hier hängt doch alles davon ab, ob die Bürgerblockmehrheit in dieser Frage zu einem einheitlichen Entschluß kommt, zu dem sie zu bringen bisher noch nicht gelungen ist. Wäre der Bürgerblock über die Schulvorlage einig, dann wäre sie schon unter Dach.

Offenbar spekuliert nun die Richtung Buhla folgendermaßen: Herrn Stresemann ist aus außenpolitischen Gründen an früheren Wahlen sehr viel gelegen. Die Partei Stresemann aber bereitet der Verabschiedung des Schulgesetzes im Sinne des Zentrums Schwierigkeiten. Also hält man der Partei Stresemann den Stock der Schulvorlage vor, über den sie springen muß, wenn der Außenminister Stresemann die Reichstagsauflösung bekommen soll, die er für seine Außenpolitik braucht.

Ein nettes kleines Geschäft! Seinem Grade von Moralität entspricht es vollkommen, wenn in dem Artikel des Herrn Dr. Buhla zum Schluß folgendes erklärt wird:

Wir möchten meinen, daß der unentwegte Ruf der Opposition nach Neuwahlen dem Bedürfnis der Parteitaktik entspringt. Regierung und Regierungsparteien mögen sich dadurch nicht in die Beunruhigung versetzen lassen, deren Erregung jenen lauten Rufern im Streit mehr am Herzen liegt, als sachlich ernste Arbeit. Unsere Parole lautet: Ruhig Blut!

Wenn Herr Dr. Buhla die Sache so darstellt, als wäre es die Opposition, die aus „parteitaktischen" Gründen Neuwahlen fordere, während die Regierungsparteien sich — aus offenbar gar nicht „parteitaktischen" Gründen — dieser Forderung widersetzten, so führt er seine Leser damit irre. Der Streit um den Wahltermin hat sich nicht zwischen Opposition und Regierungsparteien, sondern innerhalb der Regierungsparteien selbst entwickelt. Die Deutschnationalen schlottern vor Wahlangst, sie möchten am liebsten überhaupt keine Wahlen haben, aber wenn es schon sein muß, dann nur zum allerletzten Termin. Das Zentrum versteift sich auf das Schulgesetz und will alles drüber und drunter gehen lassen, wenn es mit dieser Vorlage kein Glück hat. Gegenüber diesen rein parteipolitischen Erwägungen steht die sachliche Notwendigkeit, gleich nach den

französischen Neuwahlen und noch vor dem Beginn des ersten vollwirksamen Dawes-Jahres aus den innerpolitischen Kämpfen heraus zu sein und eine verhandlungsfähige Regierung zu haben.

Die Sozialdemokratie ist in diesem Streit weiter nichts als eine interessierte Zuschauerin. Allerdings eine sehr interessierte. Denn wenn der Bürgerblock die Wahlen aus unsachlichen Gründen und zum Schaden des Reiches verschleppt, dann wird das Strafgericht sich über ihn noch ganz anders entladen, als er es bisher ahnt.

Neuerungen in der Sozialversicherung.

Ausbau der Selbstverwaltung.

Am 1. Januar tritt das Gesetz über die Krankenversicherung der Seeleute in vollem Umfange in Kraft. Damit ist endlich eine alte sozialpolitische Forderung der seemännischen Arbeiter und Angestellten erfüllt. Sie sind bisher am stiefmütterlichsten durch die sozialpolitische Gesetzgebung behandelt worden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte bereits im April 1926 einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, um auf diesem Wege die Regelung der Frage zu beschleunigen.

Das vom Reichstag verabschiedete Gesetz weicht in seinen organisatorischen Grundlagen für die Durchführung der Krankenversicherung erheblich von den sozialdemokratischen Vorschlägen ab. Es knüpft nicht, wie von uns gewünscht, an die allgemeine Krankenversicherung an, sondern sieht die Errichtung einer besonderen Abteilung bei der „Seekasse" vor, dem Träger der Unfall- und Invalidenversicherung für die Seeleute. Die Leistungen werden jedoch über die allgemeinen Ortskrankenkassen oder Landkrankenkassen gewährt. Das zeigt, wie richtig der abgelehnte sozialdemokratische Vorschlag war.

Von entscheidender Bedeutung ist, daß es bei der Verabschiedung dieses Gesetzes gelang, die Familienversicherung als Pflichtleistung durchzusetzen, den maßgebenden Einfluß der Versicherten der Selbstverwaltung sicher zu stellen und für die seemännischen Angestellten die Streichung der Versicherungspflichtgrenze zu erreichen. Der letztere Fortschritt ist vielleicht prinzipiell der wichtigste, weil zum erstenmal die Versicherungspflicht der Angestellten genau so wie bei den Arbeitern, ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens ausgesprochen wurde. Ein deutschnationaler Vorstoß, die Krankenversicherungspflicht auf ein Jahreseinkommen von 3600 M. wie in der allgemeinen Krankenversicherung zu begrenzen, scheiterte.

Der Grundsatz der Reichsverfassung, daß in der Sozialversicherung den Versicherten der maßgebende Einfluß gebührt, ist auch bei diesem Gesetz verwirklicht worden. Am reformbedürftigsten nach dieser Richtung ist die Invalidenversicherung und die Unfallversicherung. Es muß die dringlichste Aufgabe des Gesetzgebers sein, auch in diesen Zweigen der Sozialversicherung den Bestimmungen der Reichsverfassung Anerkennung zu verschaffen.

Verfemte Opposition.

Lunatscharski geht nach Rom. — Der Polizeichef wird Kultusminister.

Die Abberufung Kameneffs, Botschafters in Rom, wegen seiner Zugehörigkeit zur Opposition, ist beschlossene Sache. An seine Stelle tritt Lunatscharski, bisher Volkskommissar für das Bildungswesen. Dessen Amt übernimmt voraussichtlich Menschinski, bisher Chef der GPU.; sein Vorgehen gegen die Opposition hat den Wünschen Stalins nicht ganz entsprochen. Chef der Staatspolizei dürfte eine Persönlichkeit aus der nächsten Umgebung Stalins werden. An die Stelle Bogulawskis als Vorsitzender des kleinen Rats der Volkskommissare tritt Smoljaninoff.

Eine große Anzahl der jüngst ausgeschlossenen Oppositionellen hatten und haben hohe Posten bekleidet. Unter ihnen findet man z. B. Außem, einen angesehenen Sowjetdiplomaten, ehemaligen Leiter der ukrainischen Handelsvertretung in Berlin, später Generalkonsul in Paris; Rawtaradse, ehemaligen Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare in Georgien; Laschewitsch, früher Mitglied des revolutionären Kriegsrats und augenblicklich Leiter der Ostchinesischen Eisenbahn; Pjatakow, einen der Führer der bolschewistischen Revolution in der Ukraine, Vorsitzenden des Obersten revolutionären Tribunals im Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre, augenblicklich Gesandter in Paris; Reinhold, eine der leitenden Persönlichkeiten innerhalb des Volkskommissariats der Finanzen, der auch bei den französisch-russischen Verhandlungen eine hervorragende Rolle gespielt hat; Rafail, einen der nächsten Mitarbeiter Lenins, der wiederholt dessen verantwortlichste Aufträge zu erfüllen hatte; Lilina, Sinowjews Frau, die sich besonders eifrig auf dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst betätigte; Lisdin, einen der ältesten Petersburger Bolschewiki, Safarow, den ehemaligen Redakteur der Leningrader „Prawda"; Sosnowski, den bekannten Feuilletonisten der „Prawda" und der „Iswestija"; Mgeladse, einen bekannten Publizisten, berüchtigt als Spezialist in der Menschewistenhetze; Mratschkowski, dem die Sowjetunion ihren Sieg über den weißen General Koltschak zu verdanken hat (er sitzt übrigens im Gefängnis) und andere mehr.

In der Erklärung, die die neugen 23 Oppositionellen dem Kongreß der Russischen Kommunistischen Partei überreicht haben, befindet sich unter anderem auch folgender Absatz: „Ein jeder, der es versucht, eine eigene Partei im Gegensatz zur Russischen Kommunistischen Partei zu schaffen, stellt sich unvermeidlich in Widerspruch gegen die Kommunistische Internationale und der USSR. und gelangt auf solche Weise in das Lager ihrer Feinde. Das trifft nicht allein auf die Russische Kommunistische Partei zu, sondern auch auf alle Sektionen der Kommunistischen Internationale." Wir erkennen deshalb unsere Beziehungen zur Gruppe Maslow und Ruth Fischer als Fehler und geben sie auf. Was Korsch, Sumarin, Roemer, Roland-Holst und andere betrifft, so haben wir mit ihnen nie etwas Gemeinsames gehabt."

Indier-Entrechtung in Afrika.

Boykott der englischen Parlamentskommission beschlossen.

Madras, 28. Dezember.

Der indische Nationalkongreß forderte in einer einstimmig angenommenen Resolution alle gesetzgebenden Körperschaften und öffentlichen Aemter auf, die englische Verfassungskommission zu boykottieren. Von einer „Selbstverwaltung" seien keine Vorteile für die unterdrückten Rassen zu erwarten. Die Erfahrung habe gezeigt, daß die unterdrückten Rassen bei einer Hinduherrschaft Schlimmeres erfahren würden als unter der gegenwärtigen Verwaltung.

Der Kongreß protestiert gegen den Ausschluß von Indern aus der englisch-ostafrikanischen Kommission zum Studium der ostafrikanischen Föderation. Der Kongreß beschloß, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die Absichten der englischen Kolonialverwaltung zu lenken, bestimmte Landstrecken in dem Hochland des Mandats von Tanganjika für Europäer zu reservieren und wendet sich in einem Beschluß an die südafrikanische Regierung, die Verbesserung der Beziehungen mit Indien weiter zu fördern.

Der Kongreß beendete seine Tagung. Die nächste Tagung findet in Kalkutta statt. In der Zwischenzeit soll in Gemeinschaft mit den anderen Parteien, die wie die Liberalen ihre Zustimmung gegeben haben, ein Verfassungsentwurf fertiggestellt werden.

Freitod der Frau Tusar. Die erste Frau des Genossen Tusar, der als Gesandter der tschechoslowakischen Republik in Berlin vor einigen Jahren starb, hat in Brünn Selbstmord verübt. Die freiwillig aus dem Leben geschiedene Frau war schwer lungen- und herzleidend. Auch wirtschaftlich lebte sie in bedrängten Verhältnissen.

Der „Daily Telegraph" wurde von Lord Burnham an den Besitzer und Chefredakteur der „Sunday Times", Berry, verkauft. Der hinter ihm stehende Konzern besitzt große Papierholzfabriken.

Zusammenstöße in Palästina.

Zionistische Farmer bevorzugen Araber. — Die zionistischen Arbeiter wehren sich.

Haifa, im Dezember. (Eigenbericht.)

Die dauernden Auseinandersetzungen über die Beschäftigung jüdischer oder arabischer Arbeiter in den Orangenplantagen von Petach-Tikwah haben zu Zusammenstößen zwischen jüdischen und arabischen Arbeitern geführt, die durch das Eingreifen englischer Polizei einen blutigen Charakter angenommen haben. Die jüdischen Plantagenbesitzer haben sich bisher trotz aller Vorstellungen der jüdischen Arbeiterorganisationen geweigert, Juden zu beschäftigen, weil die arabischen Arbeiter billiger sind. Nach dem ergebnislosen Verlauf monatelanger Verhandlungen haben jüdische Arbeiter versucht, die Araber am Betreten der Orangengärten zu hindern. Erst ein von den Pflanzern herbeigeholtes Polizeiaufgebot konnte nach einem Handgemenge die Ruhe wieder herstellen. Die erbitterten Arbeiter drangen darauf in die Gemeindeverwaltung von Petach-Tikwah und zerstörten die Einrichtung aus Protest gegen das rücksichtslose Vorgehen der Polizei und gegen den Ortsvorsteher, auf dessen Veranlassung die Polizei erschienen war.

In einem von der allgemeinen jüdischen Arbeitergewerkschaft an die Exekutive der Labour Party nach London gerichteten Telegramm wird gegen das Verhalten der Polizei Protest erhoben und mitgeteilt, daß von den Beamten 5 Mädchen und 9 männliche Arbeiter schwer verletzt worden sind.

Die Erregung der palästinensischen Arbeiterschaft hat sich durch die Vorkommnisse in Petach-Tikwah noch gesteigert. Der englische Distriktskommissar hat inzwischen die Initiative ergriffen, um eine Einigung zwischen Pflanzern und Arbeitern herbeizuführen. Unter seiner Leitung haben bereits Verhandlungen zu einer gütlichen Lösung des Konflikts begonnen.

Der Petach-Tikwaher Konflikt ist typisch für die Schwierigkeiten, die aus der Einfügung der auf europäische Bedingungen eingestellten jüdischen Arbeiter in die primitive Wirtschaft Palästinas entstehen.

Haftentlassung in der Mordsache Legner.

Abschluß der Voruntersuchung.

In dem Mordverfahren gegen Nikolai Reim und Feldwebel a. D. Voß wegen Beteiligung an dem Mord an Wachtmeister Legner ist nunmehr die beim Landgericht III in Berlin geführte Voruntersuchung abgeschlossen. Die Akten gehen an die Staatsanwaltschaft, die über die Erhebung der Anklage ihre Entscheidung zu treffen haben wird. Die Leiche des Wachtmeisters Legner konnte bekanntlich trotz wochenlanger Grabungen auf dem Döberitzer Truppenübungsplatz nicht gefunden werden. Von den beiden Hauptverdächtigen ist jetzt Voß auf freien Fuß gesetzt worden mit der Begründung, daß bei ihm eine Verdunkelungsgefahr nicht bestehe. Reim, der bekanntlich ins Ausland geflohen war und erst nach langer Zeit in Sizilien verhaftet werden konnte, bleibt weiter in Untersuchungshaft.

Ein künstlerisches Porträt Molkenbuhrs hat der Parteivorstand auf Anregung der Deutschen Kunstgemeinschaft vor kurzem anfertigen lassen. Der Schöpfer des Bildes ist der Maler Ernst Honigberger. Das Original des Gemäldes hängt im Sitzungssaal des Parteivorstandes, eine gleichwertige zweite Darstellung von der Hand desselben Künstlers haben die Hamburger Genossen erworben, um es in einem geeigneten Raum des Gewerkschaftshauses aufzuhängen. Das Porträt zeigt den Verstorbenen in charakteristischer Haltung in einem Lehnstuhl sitzend mit seinem gütigen Patriarchengesicht und dem klugen, philosophisch nach innen gerichteten Blick. Der Künstler hat auch eine fast lebensgroße Originallithographie von dem Kopf Molkenbuhrs hergestellt, von der noch einige handsignierte Exemplare in der Deutschen Kunstgemeinschaft im Berliner Schloß zu haben sind.

Konzert-Rundschau.

Von Klaus Pringsheim.

Schuberts Sinfonien, die Große in C-Dur und die Unvollendete in H-Moll ausgenommen, sind in unseren Konzertprogrammen selten zu finden. Neulich wurden, auf die Minute gleichzeitig, zwei (leider in B-Dur) gespielt: die Zweite von den Philharmonikern, die Fünfte vom Sinfonieorchester. Tschaikowskys Pathetische war im vorigen Monat — in weniger als drei Wochen — nicht weniger als dreimal zu hören. Dann kommt vielleicht wieder, an sich kein Unglück, ein viertel, ein halbes Jahr ohne Tschaikowskys Pathetische. Von Mozart gibt es 26 Streichquartette; die Quartettvereinigungen, die eins oder zwei davon in ihr Saisonprogramm aufnehmen, haben also reiche Auswahl. Aber innerhalb zehn Tagen konnte man das B-Dur K. V. 458 — das sogenannte „Jagdquartett" — gar kürzlich zweimal in der Singakademie hören: vom Rosé- und vom Busch-Quartett. „Klavierabende" sind gewiß keine Seltenheit in Berlin — wen interessieren sie? Den Liebhaber von Klaviermusik; mehr als einen kann er an einem Abend bei bestem Willen nicht konsumieren. Jüngst waren an einem Abend vier Säle — der Beethoven-, der Bach-, der Bechsteinsaal, die Singakademie — mit konzertierenden Pianisten besetzt. Beispiele wie diese — dergleichen sich sozusagen täglich der Beobachtung bieten — bestätigen als wesentliches Merkmal des Berliner Konzertlebens: völlige Planlosigkeit. Wer ist schuld? Niemand. Der Zufall. Wer läßt ihn so schrankenlos walten? Nichts geschieht, ihn zu hindern. Wo nichts geschieht, ist es keiner gewesen. Niemand ist schuld.

Der Schrei nach Konzertplanwirtschaft — um der Sache, an der es so gründlich mangelt, einen faßlichen Namen zu geben —, dieser Schrei wird wohl immer ungehört verhallen, solange nicht nur Wille und Neigung, sondern in der Tat die Möglichkeit fehlt, das Konzertwesen als Ganzes künstlerisch-organisatorisch zu erfassen. Hier handelt sich's nicht um das „Spiel der Kräfte", das der Konkurrenzkampf der Konzertdirektionen entfesselt, nicht um jenes Nebeneinander von Unternehmerzentren, das allzuleicht in ein Gegeneinander ausartet; hier handelt sich's vor allem um das — organisch nicht erfaßbare — Konzertdurcheinander, das sich Woche für Woche unter den Namen der großen Konzertdirektionen, doch in Wahrheit ohne ihre aktive Mitwirkung und, nach herrschender Auffassung, durchaus ohne ihre Verantwortung begibt: um die Unzahl dieser Einzelkonzerte — Einzelunternehmungen —, an denen, von Fall zu Fall, die Konzertdirektion nicht mit künstlerischem und finanziellem Unternehmerrisiko beteiligt ist, bei denen sie vielmehr nur, Arbeitnehmerin des konzertierenden Künstlers, die bescheidenere Rolle eines von ihm angestellten Geschäftsführers innehat. Jeder Dirigent, Sänger, Instrumentalist, der einen Saal und, was dazu gehört, miete, sein eigener Konzertdirektor! Was die Eintags-, richtiger Eingabendunternehmer, in die unsere ausübenden Musiker sich unfreiwillig verwandeln, was diese im täglichen Zufallsspiel wechselnde „Konzertdirektoren" in den von ihnen gemieteten Sälen an dargebotener Musik zum Gesamtbild der Konzertsaison beitragen: dies nach irgendeinem einheitlichen Plan zu organisieren, bleibt unter den gegebenen Verhältnissen in der Tat unmöglich — so sehr sich auch dieser Zustand an sich schlechthin als „Unmöglichkeit" kennzeichnet.

Planlosigkeit des Konzertlebens, das ist das eine, Zwecklosigkeit, oder wenigstens: Zweckverfehltheit so vieler Konzerte, das ist das andere grundsätzliche Uebel. Wesen und Sinn eines öffentlichen Konzertes sollte darin bestehen — und nur darin —, daß einer bestimmten Hörerschaft Musik geboten wird, Musik, die dem Verlangen oder dem Bedürfnis dieser Hörerschaft entspricht. Aus welchem Interesse aber werden all diese zahllosen Konzerte veranstaltet, die ihren Konzertzweck offenbar verfehlen, von denen Anschlagsäulen und Inseratseiten (der bürgerlichen Presse) voll sind, von denen aber Säle und Kassen leer bleiben? Aus keinem öffentlichen — aus dem größten Karriereinteresse des Künstlers, der sich's Geld kosten läßt, öffentlich seinen Beruf ausüben zu dürfen, der genannt, und vor allem, der besprochen, „kritisiert" werden will. Für den Konzertmusiker, der seinen Weg machen will, gibt es keinen anderen Weg, ihn zu beginnen? Aber er wird einen anderen, wirtschaftlicheren, würdigeren finden, wenn ihm dieser eine gesperrt wird. Die Presse hat es in der Hand, ihn zu sperren; es genügte, daß sie ihre „Kritik" auf die Kunst beschränkte und auf die Erscheinungen, die im Kunstleben wesentlich sind; und unbesprochen ließe, was ins öffentliche Leben tritt, nur, um besprochen zu werden. Sie sollte im Verschweigen ihre Macht ohne Schonung gebrauchen — zum Besten des Musikerstandes, der so wider seinen Willen von einem bedrückenden Zwang — dem Zwang der Defizitkonzerte — erlöst würde, und zum Heil des Musiklebens, in dem nur auf solche Art zwischen Angebot und Nachfrage ein gesünderes Verhältnis zu erzielen wäre.

Angebot und Nachfrage sind bis nahe an den Nullpunkt gesunken in der Woche um Weihnachten. Nur ein Konzert von Bedeutung in der Philharmonie, und sie ist nur halb gefüllt. Allerdings, den jungen Dirigenten, der — etwas mehr vor hat, als sich zur Kritik zu stellen, kennt hier noch fast niemand; in Arbeiterkreisen hat sein Name einen guten Klang: Jascha Horenstein. Und als Hauptnummer steht: Gustav Mahlers 5. Sinfonie auf dem Programm. (Sie genügte als einzige Nummer.) Beim Publikum von je die unbeliebteste. Ein Werk leidenschaftlichen, verzweifelten Ringens. Keines, das Mahler geschaffen, offenbart so tief, so erschütternd die faszinierende Zwiespältigkeit seines dämonisch-aufgewühlten Gerstes. Alles, was ihn je den Besten abstoßend, verdächtigt, unverständlich, unheimlich macht, nirgends vielleicht ist es stärker zu spüren als in dieser zu ewiger Unpopularität verurteilten Sinfonie. Die unbeliebteste: darum die am seltensten gespielt. Sie wird nie beliebt, aber sie sollte der Hörerschaft vertrauter werden. Der Konzertgeber, der sie ihr bringt, der zukunftsvolle Kapellmeister, der den Mut hat, an einem Werk wie diesem sein Können und Wollen zu erproben, hat den Dank verdient, mit dem seine ungewöhnliche, wenn auch nicht in allem reife Leistung aufgenommen wird. Er verzehrt sich am Pult, mehr, als der Sache förderlich ist; gegen Ende war es, als könnte er nicht mehr. Aber in dem fanatischen Ernst, mit dem er, bleich und beissen, seines Amtes waltet, erinnert er an den jungen Klemperer, der, so erzählt man, an den jungen Mahler erinnert haben soll.

Noch von einer Veranstaltung ist zu berichten aus dieser konzertarmen Woche: von der Morgenfeier, die am zweiten Weihnachtstag die Arbeiterchöre des 8. Bezirks veranstaltete. Bezirksmassenchor — Berliner Volkschor — Berliner Sängerchor: es mögen vier- bis fünfhundert Mitwirkende gewesen sein. Man weiß von den außerordentlichen Qualitäten des Volkschors, er hat sie unter seinem Dirigenten Dr. Ernst Zander oft genug bewährt, und man hatte guten Grund, sich über die gute Chordisziplin des Massenchors (unter Wilhelm Knöchels Leitung) und insbesondere des Sängerchors (unter Philipp Heides Leitung) zu freuen. Es war kein Sängerwettstreit, der sie alle zusammenführte. Aber daß am Weihnachtsfeiertag, vormittags um elf, während alles feiert, Hunderte von Arbeitern sich zusammenfinden, um sich und ihren Freunden zur Freude gemeinsam zu musizieren, und daß der große Saal des Konkordiapalastes dicht besetzt ist — von Menschen, die sich eben für diesen Vormittag nichts Besseres wünschen, als zwei Stunden Musik zu hören: das bedeutet, als Kennzeichen einer wahrhaft unverbrauchten Musikfreudigkeit, für die Zukunft des Arbeitermusiklebens ein Aktivum, das wir nicht hoch genug bewerten können.

Eine Revue-Operette.

(Deutsches Künstler-Theater.)

Die Operette des Deutschen Künstlertheaters — „Evelyne", nach einem Roman des New Yorker Filipps Oppenheim von Granichstaedten und Schütz. Musik von Bruno Granichstaedten — ist nicht über den gewohnten Leisten geschlagen. „Evelyne" bricht erfreulicherweise mit der handelsüblich gewordenen Tradition, nach der den Operetten eine einfallslose und einfältige Variante eines festgelegten Schemas zugrunde zu liegen hat. Schon die Ouvertüre gibt den Vorgeschmack auf etwas Besonderes. Aus dem vollen Orchester klingt heroischer Tonschwall; vorsichtig mischen sich Dissonanzen hinein, werden aufdringlicher und geben der Komposition einen ernsten und anspruchsvollen Charakter. Inzwischen hat sich aber unversehens die Jazzband eingeschlichen. Ihre stampfenden Rhythmen nehmen der Musik die Schwere, ohne ihr die Fülle zu rauben. Granichstaedten behält diese großgeschwungene Linie im Verlauf der ganzen Operette bei. Er verfällt weder in den Fehler, den leichten musikalischen Fluß mit opernhafter Würde zu belasten, noch oberflächlich zu klängeln. Eine glückhafte Mischung. Seine Blues, Foxtrotts, One-steps haben Schmiß und Farbe und eigene Note. Ja, und die liebevoll instrumentierten Walzer schwelgen in Melodie und sind frei von Rührseligkeit.

Das Publikum kommt bald in eine Art von Märchenstimmung. Sie kriegen sich natürlich, wie das bei Operetten nicht anders möglich ist. Aber wie, das haben sich die Librettisten sehr hübsch ausgedacht. Die Handlung ist sogar höchst spannend. Die übermäßig reiche „Evelyne" ist vor lauter Reichtum und Nichtstun nervös. Ein Arzt verordnet ihr dagegen Arbeit. Nach seinem Rezept verläßt sie ihr luxuriöses Schloß mit einem kleinen Handköfferchen und fünf Dollar in der Tasche. Sie macht nun den schweren Lebenskampf des Durchschnittsamerikaners durch. Trotz besten Bemühens wird sie aus jeder Stellung hinausgeworfen. Nun, sagen wir uns, das ist nicht weiter schlimm, sie hat ja immer noch ihr großes Vermögen in der

Ziehung der Arbeiterwohlfahrtslotterie.

Der erste Tag.

Im Meistersaal in der Köthener Straße wurde heute vormittag mit der Ziehung der Arbeiterwohlfahrtslotterie begonnen. In großen Kisten und Kasten waren tags zuvor die Los- und Gewinnröllchen zum Meistersaal gebracht. Punkt 9 Uhr wurde das Publikum in den Saal gelassen, um vor dessen Augen die Vorbereitungen zur Ziehung zu treffen. Der Ziehungsbeamte ist mit acht Frauen erschienen. Von der Lotterieabteilung im Polizeipräsidium ist ein Beamter anwesend, der die Aufgabe hat, die Ziehung zu überwachen. Zuerst wird das große Losrad geöffnet, um die 700 000 Lose einzuschütten. Einige Mißtrauische unter den Zuschauern lassen sich vorher ihre Nummer zeigen, um bestimmt zu wissen, daß diese auch dabei ist. In kleinen Kartons liegen die Lose sortiert nach Nummern. Der Vertreter der Polizei macht auch noch einige Stichproben, und nun werden alle 700 000 Lose in die große Trommel eingeschüttet. Die 5984 Gewinnröllchen werden einzeln geprüft und von dem den Ziehungsvorgang leitenden Notar in die Gewinntrommel eingeworfen. Auf die gleiche Weise werden dann die Serienröllchen in ein drittes Rad eingeschüttet. Nach diesen Vorbereitungen beginnt die Ziehung. Eine Losnummer wird gezogen, laut verlesen, desgleichen der Gewinn und die Serie. Auf großen Boden werden Losnummer, Gewinn und Serie aufgeklebt, um jederzeit kontrollieren zu können. Heute vormittag wurden größere Gewinne nicht gezogen. Am Freitag beginnt die Ziehung morgens um 9 Uhr.

Elli Reinfeldt noch nicht gefunden.

Das Abfischen des Teiches im Schöneberger Stadtpark blieb gestern erfolglos. Die gleiche Arbeit auf dem Schmargendorfer See wurde bei Eintritt der Dunkelheit abgebrochen und ist heute morgen wieder aufgenommen worden. Ein Brief ohne Unterschrift teilte der Mutter mit, daß das Mädchen in einem Hause in der Motzstraße verborgen gehalten werde. Das Haus wurde von der Kriminalpolizei abgesucht, die Kleine aber nicht gefunden. Der Briefschreiber wird gebeten, sich bei der Mordkommission Trettin-Moritz zu melden. Die Geheimhaltung seines Namens wird ihm zugesichert.

Todessprung aus dem vierten Stockwerk.

Ein aufregender Vorfall spielte sich heute früh im Hause Bellermannstr. 82 ab. Dort stürzte sich aus dem Fenster ihrer im vierten Stockwerk gelegenen Wohnung die 49jährige Frau Marie Bauer auf den Hof hinab. Die Lebensmüde hatte so schwere Verletzungen erlitten, daß sie wenige Minuten später, noch bevor ein Arzt zur Stelle war, starb. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Als Grund zu dem Verzweiflungsschritt der Frau wird Nervenkrankheit angegeben.

Aufgedeckte Milchpantschereien.

Milchfälschungen größerer Art ist die Kriminalpolizei in dem Orte Schmachtenhagen bei Oranienburg dieser Tage auf die Spur gekommen. Die von dem Milchaufkäufer R. des Dorfes in die nördlichen Vororte Berlins gelieferte Milch war von den Kunden seit längerer Zeit als stark verwässert beanstandet worden. Bei dem Schmachtenhagener Lieferanten fand schließlich durch die Polizei eine Untersuchung der von den Bauern gelieferten Milch statt, wobei bei fünf Landwirten Pantschereien nachgewiesen wurden; zum Teil enthielt die Milch bis zur Hälfte dazugeschüttetes Wasser! Die Namen der Betrüger werden zurzeit noch geheim gehalten. Ein gerichtliches Verfahren ist bereits eingeleitet worden.

Keine Skier auf Hoch- und Untergrundbahn. Wenn auch die Bestimmungen über Mitnahme von Gepäckstücken einheitlich für alle drei Verkehrsgesellschaften geregelt ist, so gibt es noch für die Hoch- und Untergrundbahn eine Polizeivorschrift, die sich auf die Mitnahme von Wintersportgerät bezieht. Danach ist die Mitnahme von Skieren auf den Schnellbahnen verboten, da die Gefahr besteht, daß das mitreisende Publikum bei den schmalen Türen zu stark belästigt wird. Die Mitnahme von Rodelschlitten, die nicht länger als Mittelmannshöhe sind, ist gestattet. Man kann also — soweit Platz vorhanden ist — Rodelschlitten und Skier auf der Straßenbahn und den Autobussen mitnehmen. Auf den Autobussen sind größere Schlitten sowie Skier auf der Plattform abzustellen.

Die Silvestermusik.

Man nimmt sehr hohe Preise und will die Löhne drücken.

Ein Berliner Mittagsblatt macht sich zum Sprachrohr der Café- und Gasthausbesitzer-Organisationen in der Frage der Musikerbezahlung bei der bevorstehenden Silvesterfeier. Die Herren führen lebhaft Klage darüber, daß die Musiker für die Silvesterarbeit erhöhte Löhne fordern und es wird gesagt, daß die Unternehmerverbände „Gegenmaßnahmen gegen die unmotivierten Forderungen der Musiker" in Erwägung ziehen würden.

Abgesehen davon, daß man es den Musikern wirklich nicht verargen kann, wenn sie einmal im Jahre eine sich bietende Konjunktur durch erhöhte Gagenforderungen ausnützen, muß den Herren des Gastwirtsgewerbes aber gesagt werden, daß sie sich am besten gegen „unmotivierte Forderungen" dadurch schützen können, daß sie Tarife mit dem Deutschen Musikerverband der allein maßgebenden Organisation, abschließen. Die Herren haben sich dazu in der letzten Zeit nur in geringem Umfange verstehen können; sie versuchten nicht nur die organisierte Musikerschaft, sondern auch deren Arbeitsnachweis und sogar die amtlichen Nachweise zu sabotieren. Jetzt, wo an einem einzigen Tage im Jahre den sonst hart um ihre Existenz ringenden Musikern so etwas wie eine Konjunktur blüht, brechen die organisationsfeindlichen Unternehmer in Klagerufe aus. Selbst da, wo noch Vereinbarungen zwischen den Organisationen bestehen, versucht man auf alle mögliche Art und Weise die tariflichen Bestimmungen zu umgehen. So ist beispielsweise im Café Vaterland am Potsdamer Platz dadurch ein Konflikt entstanden, daß die tariflich festgesetzte Arbeitszeit, die nachts um 2 Uhr endet, einfach durch einen späteren Arbeitsbeginn am Silvesterabend verschoben wurde, so daß die Musiker erst morgens um 6 Uhr Feierabend haben. Die Herren Unternehmer glauben dadurch die tariflich festgesetzte Ueberstundenbezahlung umgehen zu können. Wir haben nicht gelesen, daß die Unternehmer über diese offensichtlichen Tarifverletzungen etwas in ihnen willfährige Zeitungen gebracht haben.

Ein besonderes Geschäft bei der Vermittlung von Musikern für die Silvesterfeiern machen natürlich noch die Winkelagenturen, die infolge ihrer prozentualen Beteiligung an der vereinbarten Gage ein besonderes Interesse daran haben, hohe Gagenforderungen durchzusetzen. Wer sich eines solchen Winkelarbeitsnachweises bedient, muß sich auch mit der ihm dort zuteil werdenden Behandlung abfinden. Wer will es aber auch, wie es in dem eingangs zitierten Zeitungsartikel geschieht, den bei der jetzt herrschenden „Kunstrichtung" besonders umworbenen Saxophonspielern und Schlagzeugmusikern verargen, daß sie entsprechend der Nachfrage hohe Bezahlung fordern. Letzten Endes wollen diese Musiker auch das in den Instrumenten investierte Betriebskapital verzinst haben, das bei Saxophonisten 1500 und 2500 Mark, bei Jazzband-Schlagzeugspielern zwischen 600 und 1000 Mark schwankt. Es ist eine Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn die Unternehmerorganisationen des Gastwirtsgewerbes all diese Schwierigkeiten verschweigen. Sie sind allerdings offenherzig genug, in Zeitungsinseraten Silvesterfeiern mit allerhand Klimbim und Menüs zum Gedeckpreis von 12 Mark, 25 Mark, ja bis zu 50 Mark anzupreisen.

Nur, wenn der „Vorwärts" nicht berichtet ...

Die Helden der KPD. vom Wedding!

Zum Schluß der letzten Sitzung der Bezirksversammlung Wedding nahm Stadtrat Fabinnke das Wort, um auf die Angriffe der KPD. in der vergangenen Sitzung zurückzukommen. Die Kommunisten hätten behauptet, daß im Arbeitsamt unter der Leitung des Stadtrats Fabinnke Sonntags 8 Stunden und Wochentags bis 12 Uhr nachts gearbeitet werde. Nachdem er der KPD. Gelegenheit gegeben habe, das vorliegende Material einzusehen, habe sie sich überzeugt, daß sie falsch unterrichtet und ihre Angriffe gegenstandslos gewesen seien. Die Fraktion wäre bereit gewesen, eine entsprechende Erklärung in der Bezirksversammlung abzugeben unter der Bedingung, daß im „Vorwärts" über diesen Reinfall der kommunistischen Fraktion kein Bericht erscheine. Kurz vor der Sitzung jedoch hätten die Kommunisten erklärt, daß sie sich weigern, der Wahrheit die Ehre zu geben. Stadtrat Fabinnke erklärte, er wolle zur Charakterisierung dieses Verhaltens weiter kein Wort verlieren, sondern nur nochmals erklären, daß die Darstellung der KPD. in der vorigen Sitzung erlogen sei.

Werbegemeinschaft Berlin—Potsdam.

Das Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin hat mit dem Magistrat der Stadt Potsdam eine Werbegemeinschaft zur Hebung des Fremdenverkehrs abgeschlossen. Das Berliner Messeamt wird danach auch die Werbung für das Fremdenverkehrswesen Potsdams übernehmen und die Bedeutung Potsdams in historischer und landschaftlicher Beziehung hervorheben. Beide Städte sind sich darüber einig, daß der Besuch Potsdams nicht von einem Besuch Berlins zu trennen ist. Die Werbegemeinschaft hat den Zweck, die Verbindungen zwischen Berlin und Potsdam weiter auszugestalten und die Besucher Berlins auch nach Potsdam zu leiten.

In einer Besprechung, die gestern mit Pressevertretern in Potsdam stattfand, betonten die Vertreter des Potsdamer Magistrats, daß sie an einer gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen Berliner und Potsdamer Fremdenverkehrsamt und der großstädtischen Presse das größte Interesse hätten. Der Satz: „Jeder einmal in Berlin" müßte in „Jeder einmal in Berlin und Potsdam" umgewandelt werden. Man bezeichnete die Werbegemeinschaft als das Natürlichste und Gegebenste und hob besonders hervor, daß auch die herrliche Umgebung des Besuches wert sei.

Das sind erfreulichere Töne, als man sie im Frühjahr dieses Jahres von Potsdam her vernahm, als man glaubte, ohne Berliner auskommen zu können. Wir freuen uns über diese Sinnesänderung der maßgebenden Leute in Potsdam.

Unwetter und Schiffsunfälle.

85 Tote der Katastrophe auf dem Marmara-Meer.

Die Meldungen über das schwere Dampferunglück auf dem Marmarameer — wir berichteten darüber bereits vor zwei Tagen — liefen so spärlich ein, daß man zunächst über den Umfang der Katastrophe nicht im klaren war. Jetzt meldet ein Telegramm aus London:

Nach ergänzenden Meldungen über den Dampferzusammenstoß auf dem Marmarameer sind insgesamt 85 Personen ertrunken. Der gesunkene Dampfer „Sewindsch" hatte Unterkunftsmöglichkeiten für 60 Personen, während in Wirklichkeit 160 Passagiere an Bord waren. Beide Schiffe hatten keine Radioanlagen an Bord.

Die Stürme im Kanal.

Zwischen der englischen und französischen Küste mußte wegen erheblicher Beschädigung von zwei der fahrplanmäßigen Dampfer während der letzten Stürme ein beschränkter Notdienst eingerichtet werden. Der Dampfer „Engadin", der gestern mit 640 Passagieren an Bord von Boulogne in Folkestone eintraf, hatte eine so stürmische Ueberfahrt, wie sie kaum je zu verzeichnen war. Durch den Sturm wurde ein Teil der Stutzsicherung weggerissen und der Damensalon innerhalb weniger Minuten überflutet, so daß eine Panik an Bord des Schiffes entstand. Zu Unfällen ist es jedoch nicht gekommen.

Paris, 29. Dezember.

Aus ganz Frankreich kommen Meldungen über Verheerungen durch Stürme und Ueberschwemmungen sowie über eine neue Kältewelle. In Paris ist das Thermometer auf 2 Grad unter Null gesunken. Nordfrankreich verzeichnet ausgiebige Schneefälle, die den Automobilverkehr außerordentlich behinderten. Im Kanal haben die Stürme etwas nachgelassen, so daß die Wiederaufnahme des Schiffsverkehrs zwischen Frankreich und England ins Auge gefaßt werden konnte. An der Küste der Normandie und auf dem Atlantischen Ozean tobte der Sturm dagegen so heftig, daß die meisten Schiffe Zuflucht in den Häfen suchen mußten. Marne, Maas, Aisne, Rhone führen Hochwasser.

Schwere Unwetterschäden in Portugal.

In verschiedenen Teilen Portugals haben Stürme und Ueberschwemmungen beträchtliche Schäden angerichtet. Nach Berichten aus Lissabon ist der Fluß Tejo in der Nähe von Lissabon innerhalb kurzer Zeit um vier Meter gestiegen. Der Duero-Fluß ist ebenfalls, und zwar um fünf Meter gestiegen. In Nordportugal sind infolge Hochwasser zahlreiche Häuser eingestürzt. Der Sachschaden im ganzen Lande ist außerordentlich groß.

Die Folgen des Wetterumschlags im Harz.

Der plötzliche Wetterumschlag, der am vergangenen Freitagabend im Harz eintrat, hat der Harzer Bevölkerung und den Hoteliers, die im Winter hauptsächlich auf die Weihnachtsfeiertage angewiesen sind, unermeßlichen Schaden zugefügt. Nach fachkundiger Schätzung beläuft sich allein die Einbuße der Hotels durch Fernbleiben der Gäste auf zirka 3 Millionen Mark. Darüber hinaus werden die Kurorte durch den Fortfall der Einnahme erheblich geschädigt. In vielen Orten sind durch das Wetter die Sportanlagen verwüstet worden. So stürzte zum Beispiel eine Kurve einer neu angelegten Rodelbahn ein. Aber auch die Bevölkerung, soweit sie sich an den Schauspringen beteiligen wollte, erleidet empfindlichen Schaden durch Honorarfortfall. — Das „Wintersportfest der Republikaner" in Tanne konnte nicht abgehalten werden. Tanne hat seine Sprungschanze umbauen lassen und verfügt nach Sachverständigenprüfung über die beste Sprungschanze im Harz. Im nächsten Jahr will Tanne das „Wintersportfest der Republikaner" auf vier Tage ausdehnen.

*

Rom, 29. Dezember.

In Triest wütete ein Sturm, der bis zu 120 Kilometern Stundengeschwindigkeit erreichte und den Verkehr in den Straßen und im Hafen völlig unterband. Auch die Züge konnten von Triest nicht abgehen.

Kirchenräubereien in Böhmen.

Während in Altstadt der Pfarrer die Messe las, drangen ortsbekannte Einbrecher ins Pfarrhaus ein und raubten eine hier verwahrte goldene Monstranz im Werte von 25 000 Kronen. Auch ein vergoldeter Kelch mit Widmung wurde gestohlen, außerdem aus der Wohnung des Pfarrers eine Gelduhr und eine Handkasse mit 1300 Kronen Bargeld. Da die Tabernakel jetzt infolge der vielen Kircheneinbrüche abends meist geräumt werden, haben sich, wie man sieht, auch die Kircheneinbrecher bereits „umgestellt".

Das Rüdesheimer Rathaus ist bis auf das untere Stockwerk abgebrannt. Die Ursache des Brandes ist bisher unbekannt.

Hinterhand. Aber siehe da: plötzlich erfährt sie, daß das Bankhaus verkracht ist, in dem ihre Werte deponiert sind. Aus dem spielerischen Scherz ist Ernst geworden. In diesem Kampf ums Dasein hat sie auch den Herzallerliebsten kennengelernt. Da nun aber der glückliche Abschluß vonnöten ist, so erfährt sie im dritten Akt, daß ihr Sachwalter ihr schönes Vermögen doch hat retten können.

Der Regisseur Dr. Bruck hat auf die Inszenierung viel Mühe verwandt. Der Abend bildet einen Augen- und Ohrenschmaus. Helle und berückende Bühnenbilder des Benno v. Ahrent verleihen ihm den Reiz der pomphaften Schau. Es fehlt nicht ein farbiges Chinesenbild, es fehlt auch nicht eine glitzernde Modenschau, die die Damen im Publikum begeistert. Es fehlt auch nicht an Tillergirlskopien. Das ist das Holz, aus dem vielleicht die Revue der Zukunft geschnitzt wird.

Die Stars des Abends sind Max Hansen und Rita Georg. Max Hansen erobert sich mit seiner hellen Stimme, mit seiner gelenkigen Grazie, mit seinem Humor und seiner frischen Jungenhaftigkeit die Herzen der Zuschauer im Sturm. Ja, er rührt uns sogar in einer famos hingespielten Szene. Rita Georg singt mit gelockter Stimme, versprüht ihr lustiges Temperament, ist kapriziös, ein Mädchen aus dem Volke und eine Dame von Welt. Mit seltener Jugendfrische erspielte sich Edith d'Amara einen Sondererfolg, ein Duett mit Max Hansen mußte sie dreimal wiederholen. Dgr.

Im Kleinen Theater spielen Erika Gläßner, Eugen Burg und Max Landa das Lustspiel „Eine Kleine ohne Bedeutung" von Armont und Gerbidon. Es ist einer der besteingerichteten, fröhlichsten französischen Schwänke. Das Kokettenweibchen tobt sich aus in all seinen Launen und bringt sehr kluge Männer um den Verstand. Das Gemälde der Unsitten ist bei alledem ein satirisch hingemaltes Sittenbild, bei dessen Betrachtung dem bescheidenen Bürger viele moralische Lichter aufgehen. Erika Gläßner pflegt solche galanten und kapriziösen Damen ins Badenhafte zu übersetzen und jene Drolligkeit zu zeigen, die aus dem schlüpfrigen, doch gerissenen Gebrauch der Koketterie entsteht. Die Dame stellt sich, als wenn sie nur in den blauen Tag hineinträumt, sie ist trotzdem mit Energien geladen wie ein Magnet, und es stürzen sich auf sie die widerstandsfähigsten Koryphäen der Finanz.

Es ist schade, daß das Kleine Theater immer mehr verdüstert, immer mehr herunterkommt. Man sitzt auf einem Stuhle, der beinahe aus den Angeln bricht. In den Zwischenakten stolpert man fast mit den Nasen aufeinander, weil an Licht gespart werden soll. Eine Atmosphäre des Elends herrscht. Ist es denn nötig, daß solche Theater, die immer mehr zur Wüstenei werden, noch bestehen bleiben? Ein kleiner Luxusstall wurde hier vor etlichen Jahrzehnten eröffnet, und er verfiel zu einem traurigen Asyl der Musen. Jede direktoriale Bemühung wird scheitern, solange nicht etwas Freundlichkeit und Wohnlichkeit in diese verkommenen Räume hineingebracht wird. Aber das muß bald geschehen. Theater ohne Festlichkeit, mit Grabesatmosphäre und unausrottbarem Pleitedust dürfen nicht mehr existieren. Es ist auch unsozial durch irgendwelche geschickt organisierte Konsumentenorganisation naive Leute in solche Theater hineinzulocken. Werkstätten und Kontore sind in Berlin nicht so fürstlich, daß der Mechaniker oder die Stenotypistin am Abend ohne Schädigung ihrer guten Nerven solches Theaterhaus ertragen könnten. Dann lieber ins Wellenbad oder in den Sportpalast, als in diese Musenmussigkeit! M. H.

„Heute nacht — eventuell..!" F. Friedmann-Fredrich nennt seinen Dreiakter, der im Neuen Theater am Zoo gespielt wird, „Heute nacht — eventuell..!" Die Interpunktion ist von ihm, aber gleichzeitig auch die einzige Idee, die er hatte. Vorbereitungen zu einer Hochzeitsnacht und die dazugehörigen Eindeutigkeiten füllen drei Akte. Von irgendeinem Dialog kann nicht die Rede sein. Jeder auf der Bühne spricht für sich irgendwelchen Blödsinn. Die Damen kleiden sich in kurzen Abständen um. Bekannte Darsteller und Darstellerinnen haben sich zu diesem Unfug hergegeben. Sie seien schamhaft verschwiegen. Nur Alice Hechy in einer kleinen, sehr dezent gespielten Schwipsszene verdient Erwähnung. Zu diesem Werk hat Kurt Schwabach Gesangstexte geschrieben, in denen z. B. ein großer Bruder des Reimes wegen mit Puder und nassem Sand schmeißen muß. Die Musik Walter Brommes ist besser, als sie diese „Burleske" verdient, was aber auch nicht viel sagen will. Es war ein tieftrauriger Abend. Tes.

Der höchstbezahlte Journalist. Die Londoner „Morning Post" ist in der Lage, eine ziffernmäßige Berechnung der Honorare zu geben, die der frühere britische Premierminister Lloyd George bezieht, seitdem er alle 14 Tage einen Artikel für die internationale Presse schreibt. Danach hat Lloyd George seit der drei- oder vierjährigen journalistischen Tätigkeit für die Presse ein ungleich größeres Einkommen gehabt als während seiner Ministertätigkeit. Dabei darf man nicht außer acht lassen, daß die britischen Minister besser als alle ihre ausländischen Kollegen bezahlt werden. Die Artikel Lloyd Georges werden nach einem Honorarsatz berechnet, der für jedes Wort einschließlich der Interpunktionszeichen den unerhörten Preis von 1 Pfund Sterling vorsieht. Auf Grund dieser Honorarberechnung darf man das journalistische Einkommen Lloyd Georges, das er mit seinen vierzehntägigen Artikeln bisher verdiente, auf rund 39 000 Pfund Sterling oder 780 000 Mark schätzen.

Julius Bab wird in einem Vortragszyklus der Volksbühne E. V. „Grundthemen des sozialen Dramas" behandeln. Der erste Vortrag findet am 8. Januar, 20 Uhr, im Bürgersaal des Berliner Rathauses statt.

Der Dresdener Schauspieldirektor Paul Wiecke, der kürzlich das 65. Lebensjahr vollendete, hat beim Ministerium für Volksbildung um Enthebung von seiner Stellung für den 1. September 1928 nachgesucht. Das Ministerium hat diesem Antrage stattgegeben.

Felix Adler, der Musikreferent und Redakteur der deutschen Zeitung „Bohemia", ist in Prag einem Gehirnschlag erlegen. 1876 in Wien geboren, war Adler nach erfolgtem Universitätsstudium in München und Dresden und seit 1921 in Prag als Musikkritiker tätig.

Prof. Dr. Bernhard Müller, Leiter des Frankfurter Historischen Museums, ist plötzlich gestorben. Er war 1897 Kustos des Landesmuseums in Darmstadt und seit 1905 gleichzeitig Denkmalspfleger für Hessen. 1908 übernahm er die Leitung des Frankfurter Städtischen Historischen Museums.

70—100 Stunden Arbeitszeit!

Auf dem Berliner Schlacht- und Viehhof.

Im Osten Berlins liegt der Schlacht- und Viehhof der Stadt Berlin, eine kleine Stadt für sich mit ihren besonderen Eigenarten, dicht an der Landsberger Allee gelegen, die Fleischkammer der Weltstadt, die Fleischgroßmarkthalle. Tod und Leben ist hier in höchster Potenz einträchtig vereint und auf Tod und Leben werden hier Menschen, Engrosschlächtergesellen, Chauffeure, Kutscher und sonstige Berufsangehörige beschäftigt. Wer dazu verurteilt ist, in den Schlachthäusern dieses städtischen Betriebes seinen Lebensunterhalt zu erwerben, ist im höchsten Grade zu bedauern. In den besten Mannesjahren sind die Engrosschlächtergesellen verbraucht: Reißen, Gicht und Ischias haben die starken Muskeln zermürbt. Hier wird nicht mehr gearbeitet, hier wird Gesundheit und Familienleben gemordet. Der Volksmund hat das Wort „Knochenmühle" auf derartige Arbeitsverhältnisse geprägt und die Oeffentlichkeit hat sich des öfteren schon mit diesen unhaltbaren Zuständen befassen müssen. Nichts ist bisher geschehen, um diese zu beseitigen.

Wir fragen: Will der Magistrat der Stadt Berlin weiter dulden, daß in diesem städtischen Betrieb Menschen in Wochenarbeitszeiten von 70 bis 100 Stunden ausgepumpt werden? Will der Magistrat nicht endlich dafür Sorge tragen, daß die Schlacht-, Viehhofs- und Markthallenordnung, in der die Eröffnungs- und Schlußzeiten festgelegt und geregelt sind, von seinen Beamten nicht nur überwacht sondern auch zur Durchführung gebracht wird? Alle Beschwerden an die Schlacht- und Viehhofsdirektion und an das Kuratorium des Schlacht- und Viehhofes sind bisher nicht beachtet und beantwortet worden.

Wir fragen weiter: Will die Gewerbeaufsichtsbehörde, die Marktpolizei, den ihr vom Zentralverband der Fleischer massenhaft unterbreiteten Uebertretungen in bezug auf die Arbeitszeit endlich konsequent nachgehen und den Gesetzesverächtern zur wohlverdienten Strafe verhelfen?

Es ist an der Zeit, daß die bestehenden Gesetze und Verordnungen auch auf die Engrosfleischermeister und sonstigen Unternehmer angewendet werden. Oder wünscht man, daß die Beschäftigten erst zur Selbsthilfe greifen? Unliebsame Zwischenfälle haben sich in letzter Zeit schon des öfteren vor den Toren der Fleischgroßmarkthalle abgespielt. Das sollte den zuständigen Behörden eine Warnung sein, endlich ihre Pflicht zu tun.

Die Wartezeit für Arbeitslose.

Sie muß verkürzt werden!

Der scharfe Protest der Gewerkschaften und der sozialistischen Presse gegen die neue Verordnung über die Wartezeit für Arbeitslose vom 2. Dezember mit ihren großen Härten für die Saisonarbeiter ist nicht ohne Wirkung geblieben. Eine ganze Reihe von Landesarbeitsämtern, z. B. Frankfurt a. Main, Köln, Hamburg und andere, haben die vorgesehenen neuen Wartezeiten für Saisonarbeiter verkürzt, so für Bauarbeiter, die wegen Arbeitsmangel erwerbslos wurden, auf drei Tage, und für solche, die unmittelbar durch Witterungseinflüsse erwerbslos geworden sind, auf sieben Tage. Bei den Betrieben, die nur in mittelbarer Folge von Witterungsverhältnissen eingeschränkt werden, kann der Verwaltungsausschuß die Wartezeit bis auf drei Wochen verlängern. Auch in diesem Punkte läßt sich eine gewisse Zurückhaltung der Verwaltungsausschüsse beobachten. Wo die Verlängerung nicht erfolgt, bleibt es bei drei Tagen Wartezeit. Hoffentlich nehmen sich die übrigen Landesarbeitsämter das Vorgehen in Köln, Frankfurt usw. zum Muster.

Ingenieure und Angestellte in Rußland.

Lange Arbeitszeit und Hungerlöhne.

Der „Trud" (3. November 1927 Nr. 252) bringt einen Bericht eines Mitgliedes des Obersten Volkswirtschaftsrats über die Lage der Ingenieure und der leitenden Techniker, dem wir folgende Ausführungen entnehmen:

„Die Angaben einer besonderen Untersuchung ergeben, daß der durchschnittliche Arbeitstag eines Spezialisten 9,1 Stunden beträgt. 27 Proz. sämtlicher Spezialisten sind 8 bis 10 Stunden beschäftigt, **24 Proz. arbeiten mehr als 10 Stunden.** Noch größer ist die Arbeitszeit der Spezialisten in einzelnen Gebieten. So arbeiten beispielsweise im Nishni-Nowgorodschen Gouvernement **80 Proz. aller Spezialisten mehr als 10 Stunden.** Im Uralgebiet sind **75 Proz. aller Fachleute auch an Sonn- und Feiertagen beschäftigt.** Nur 16 Proz. aller technischen Fachleute genießen einen monatigen Jahresurlaub. Für die große Masse gilt nur eine zweiwöchige Urlaubszeit.

Auch hinsichtlich der Entlohnung der Spezialisten ist eine Reihe von Unzulänglichkeiten festgestellt worden. Das durchschnittliche Monatsgehalt eines Spezialisten in der Russischen Sozialistischen Föderativen Republik beträgt 175 Rubel. In den einzelnen Industriezweigen ist es allerdings sehr verschieden hoch: in der Zündholzindustrie sinkt es z. B. auf 75 Rubel (1 Rubel ist seiner Kaufkraft nach 1 Mark gleich. Die Redaktion). Die Verschiedenheit in der Entlohnung von Fachleuten führt dazu, daß ein unausgesetzter Stellenwechsel zu beobachten ist. Es ist daher dringend erforderlich, daß hinsichtlich der Entlohnung eine größere Gleichartigkeit erreicht wird.

In der „Statistika Truda", Nr. 5/6 1927 wird andererseits eine Uebersicht der Gehälter gegeben, die bei den ländlichen Konsumgenossenschaften im Februar 1927 den Angestellten gezahlt wurden: Das Monatsgehalt der Angestellten in Tschermonezrubeln beträgt demnach:

Durchschnittsgehalt . . .	30,7	Verkäufer	30,4
Vorstandsmitglied	36,2	Buchhalter	37,4
Verantwortl. Verkäufer . .	33,3	Wächter	13,3

Aus dieser Uebersicht ist zu entnehmen, daß die Gehälter der konsumgenossenschaftlichen Angestellten in ländlichen Bezirken unglaublich niedrige sind und längst nicht den Durchschnittslohn der industriellen Arbeiter erreichen. Ein industrieller Arbeiter verdient in ländlichen Bezirken 47,1 Rubel, während ein ständiges Vorstandsmitglied der Genossenschaft im Februar dieses Jahres nur 36,2 Rubel bezog.

Das sind nun die Lebensbedingungen der „Spezialisten", die doch über den Durchschnitt der übrigen Lohnarbeiter herausgehoben sind. Was nun die Gehälter der Konsumgenossenschaftsbeamten betrifft, so kann man sagen, daß man sich angesichts solcher unglaublichen Hungerlöhne freilich nicht wundern darf, wenn die Klagen über die Mißwirtschaft und die Unterschleife in den Genossenschaften nicht abreißen wollen. Ein Wächter, der das fabelhafte Gehalt von 13 Rubeln monatlich erhält, ist geradezu darauf angewiesen, bei Diebstählen beide Augen zuzudrücken.

Acht Stunden in der Krefelder Schwerindustrie

Entscheidung des Schlichters.

Essen, 29. Dezember.

Unter dem Vorsitz des Schlichters Brisch fanden Schlichtungsverhandlungen für die Krefelder Metallindustrie statt. Nach mehrstündigen ergebnislosen Verhandlungen bildete man eine Schlichterkammer, die nach etwa achtstündigen Verhandlungen, da eine Ueberbrückung der Gegensätze nicht möglich war, zwei Schiedssprüche fällte. Der erste Schiedsspruch regelt die Arbeitszeit für die Martin-Elektro-Stahlwerke, wo ab 1. Februar 1928 die dreiteilige achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden soll. In den Walzstraßen, Hammer- und Preßwerk soll vom 1. Februar 1928 ab in zwei Schichten gearbeitet werden. Die Schicht besteht aus acht Stunden Arbeitszeit und Pausen von insgesamt einer Stunde Dauer. Der zweite Schiedsspruch befaßt sich mit dem Lohn und setzt einen tariflichen Spitzenlohn ab 1. Januar 1928 von 77 Pfennigen pro Stunde fest. Die Arbeiterinnen erhalten 70 Proz. der entsprechenden Klasse der männlichen Arbeiter. Die Regelung soll bis 1. Dezember 1928 gelten und ist von da ab mit einmonatiger Frist jeweils zum Monatsschluß kündbar. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 3. Januar 1928, 18 Uhr.

Die Verhandlungen in Sachsen.

Dresden, 29. Dezember.

Die Verhandlungen, die gestern im Arbeitsministerium in der Angelegenheit der Arbeitszeit in der Hüttenindustrie und der damit zusammenhängenden Fragen stattgefunden haben, sind noch nicht beendet. Sie werden heute früh ½10 Uhr fortgesetzt werden.

Vorschuß für preußische Staatsangestellte.

Regelung für Januar.

Zur Regelung der Vorschußzahlungen für Staatsangestellte in Preußen hat der Finanzminister zugleich im Namen des Staatsministeriums für die Januarzahlung folgendes bestimmt: Angestellte, deren Vergütung wenigstens nach dem 6. Grundvergütungssatz einer Vergütungsgruppe des preußischen Angestelltentarifs bemessen ist, erhalten zu den tarifmäßig berechneten Januarbezügen für den Monat geltende Vorschüsse wie folgt: Vergütungsgruppe 3 bis 5: Verheiratete 20 M., Ledige 10 M.; Gruppe 6 bis 9: Verheiratete 25 M., Ledige 20 M.; Gruppe 10 bis 12: Verheiratete 40 M., Ledige 30 M.; Gruppe 13: Verheiratete 60 M., Ledige 50 M.

Zu den Vorschüssen tritt kein örtlicher Sonderzuschlag. Die Vorschüsse sind halbmonatlich mit den für Januar 1928 fälligen laufenden Bezügen auszuzahlen, unterliegen wie die übrigen laufenden Bezüge dem Steuerabzug und sind bei Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge zu berücksichtigen. Angestellte, deren Vergütung nach einem der ersten 5 Grundvergütungssätze einer Vergütungsgruppe des preußischen Angestelltentarifs bemessen ist, erhalten für Januar keinen Vorschuß mehr. Jugendliche und nicht vollbeschäftigte Angestellte sowie Lehrlinge erhalten ebenfalls keinen Vorschuß.

Die Arbeitslosigkeit der Techniker.

Unterstützungsaktion des Butab.

Zu den Arbeitnehmergruppen, die von der letzten Wirtschaftskrise besonders schwer betroffen wurden, gehören die Techniker. Obwohl sich die Lage des Arbeitsmarktes im Laufe dieses Jahres wesentlich günstiger gestaltete, ging die Stellenlosigkeit unter den technischen Angestellten nur sehr langsam zurück und betrug nach der Statistik der Arbeitsnachweise Ende Oktober noch immer 14 800 gegen 29 312 am 1. Januar 1927. Seit November ist bereits wieder ein langsames Ansteigen der Arbeitslosenziffer zu verzeichnen. Unter den stellenlosen Technikern und Ingenieuren befinden sich besonders viele ältere Angestellte, denen es, trotz ihrer reichen Erfahrungen und eifrigen Suchens, nicht gelingen will, wieder Stellung zu finden. Die Not unter diesen Angestellten ist durch die lange Stellenlosigkeit sehr groß.

Der Vorstand des Bundes der technischen Angestellten und Beamten hat daher beschlossen, wie im Vorjahre den am 1. Dezember noch stellenlosen hilfsbedürftigen Bundesmitgliedern zum Weihnachtsfest eine über die satzungsgemäße Regelleistung hinausgehende Unterstützung, die je nach der Dauer der Mitgliedschaft 25 bis 50 M. beträgt wozu noch Kinderzulagen von je 5 M. kommen, zuteil werden zu lassen. Diese Unterstützung wurde an nahezu 700 Mitglieder, die mit der laufenden Stellenlosenunterstützung des Bundes ausgesteuert sind, gezahlt. Dazu kommen noch die Unterstützungen seiner örtlichen Verwaltungen, die durch freiwillige Spenden der in Arbeit stehenden Mitglieder auch in diesem Jahre wieder in reichlichem Maße aufgebracht werden.

Der Düngemittelverbrauch wächst.

In der 73. Sitzung über allgemeine Düngerangelegenheiten wurde unter anderem auch über den Absatz von künstlichen Düngemitteln in der deutschen Landwirtschaft im Düngerjahr 1926/27 berichtet. Es wurde abgesetzt:

	Stickstoff	Phosphorsäure	Kali	
1926/27	400 000	475 000	717 000	Tonnen
1925 26	330 000	380 000	609 000	"
1923 24	255 000	167 000	538 000	"
1919 20	159 000	138 000	757 000	"
1913 14	185 000	555 000	490 000	"

An Düngekalk ist abgesetzt worden:

	Branntkalk	Kohlensaurer Kalk	
1926 27	591 000	806 000	Tonnen
1925 26	566 000	638 000	"
1923 24	322 000	483 000	"
1921 22	612 000	722 000	"
1913 14	2 000 000	1 500 000	"

Diese Zahlen bestätigen, was allgemein angenommen wurde: Der Düngemittelabsatz in der deutschen Landwirtschaft im Düngerjahr 1926/27 hat den des vorhergehenden Düngerjahres erheblich überschritten. Die Steigerung beträgt: bei Stickstoff 21 Proz., bei Phosphorsäure 25 Proz., bei Kali 18 Proz., bei Branntkalk 4 Proz. und bei kohlensauerem Kalk 27 Proz. Die abgesetzten Mengen an Düngemitteln auf die Anbaufläche umgerechnet, ergibt pro Hektar folgendes Bild:

	1913 14	1925 26	1926/27
Stickstoff	6,0 = 100	11,7 = 195	13,8 = 230
Phosphorsäure . .	18,0 = 100	13,1 = 73	16,3 = 91
Kali	15,9 = 100	21,4 = 135	24,7 = 155

Das neue Düngerjahr dürfte ein noch günstigeres Resultat bringen.

Eine derartige Entwicklung des Düngemittelabsatzes ist symptomatisch. Sie ist ein neuer Beweis dafür, daß sich die Kaufkraft der deutschen Landwirtschaft erheblich vergrößert hat. Das ist auch die Meinung der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer. Sie schrieb in Nr. 44 ihres Organs wörtlich folgendes:

„Aus der ganzen Bewegung des Düngemittelabsatzes ist immer wieder zu entnehmen, daß der vermehrte Verbrauch einmal auf die günstigen Preisverhältnisse der Düngemittel selbst zurückzuführen ist, andererseits aber wesentlich von der Kaufkraft der Landwirtschaft abhängt."

Ist die Leistungsfähigkeit der elektrotechnischen Industrie zu groß? Pöge-Chemnitz reichlich Arbeit. Der Geschäftsbericht der Pöge-Elektricitäts A.-G. in Chemnitz wirft eine Frage auf, die bisher noch von keiner anderen Seite der elektrotechnischen Industrie berührt wurde. Auf Grund der Feststellungen, daß im letzten Jahr die Preise für elektrische Kraftmaschinen bei gleichbleibendem Umsatz sanken, zieht die Verwaltung den Schluß, daß die Leistungsfähigkeit der elektrotechnischen Produktionsstätten den Bedarf weit übersteigt und sich daher Ueberseztungserscheinungen in der Elektroindustrie zeigen. Von Bedeutung ist ferner der Hinweis des Jahresberichtes auf die zunehmende Entwicklung der Großkraftversorgung, der die Gesellschaft sich durch Betriebsumstellungen schnell angepaßt hat. So hat sie zurzeit nach Fertigstellung der Umbauten Maschinen und Transformatoren im Bau, die weit über die bisherigen Leistungsgrenzen hinausgehen. Das Gewinnergebnis ist gegenüber dem letzten Jahr fast unverändert. Betriebsgewinne erschienen wieder mit 3,0 Millionen Mark und der Reingewinn etwas erhöht mit 0,29 Millionen Mark. Auch die Dividende von 6 Proz. ist die gleiche wie im letzten Jahre. — In der Bilanz haben sich die Anlagewerte trotz Abschreibungen von 0,27 Millionen Mark durch Zugänge von 0,3 Millionen Mark auf fast 3,0 Millionen Mark erhöht. Weitere Neuinvestionen von Maschinen sind noch im Gange. Die auffallende Verstärkung der Betriebsmittel ist auf die Kapitalerhöhung von 3,5 auf 6,0 Millionen Mark zurückzuführen, die dem Unternehmen außer dem Aufgeld auf den Aktienwert von 0,44 Millionen Mark, die der Reserve zuflossen, 2,8 Millionen Mark bares Geld brachten. Hiervon wurden die Schulden um die Hälfte auf 1,2 Millionen Mark zurückgezahlt, die Neuanlagen finanziert und der Rest in Bankguthaben und Forderungen untergebracht, die von 1,3 auf 2,4 Millionen Mark stiegen. Das Werk ist über den Winter hinaus gut beschäftigt.

Aus der Partei.

Von der „Frauenwelt".

Zur Redakteurin der „Frauenwelt" hat der Parteivorstand die Genossin Tony Sender gewählt. Genossin Sender wird bereits Ende Januar die Redaktion der „Frauenwelt" übernehmen.

Austritt Snowdens aus der ILP.

„Daily Herald" zufolge hat der Schatzkanzler im Arbeiterkabinett Snowden, seinen Austritt aus der Unabhängigen Arbeiterpartei erklärt, der er während 34 Jahren angehört hatte. Er begründet den Schritt damit, daß er das Fortbestehen einer besonderen Unabhängigen Arbeiterpartei angesichts des Aufstiegs der von ihr seinerzeit ins Leben gerufenen Arbeiterpartei für eine unnötige Kraft- und Geldvergeudung halte.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Eglorn; Feuilleton: K. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke, sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

BRÄUSTÜBL
Inh. Richard Sprang
Belle-Alliance-Platz 6a
Große Silvester-Feier
Musikal. Unterhaltung
Ueberraschungen

Herren-Maß-Schneiderei
„ALEXECK"
Gontardstr. 5 II. Etg., Ecke Königstr.
Erstklassige Stoffe. Solide Preise.
Ratenzahlung ohne Preisaufschlag.

m von 60 Pfg. an
direkt am Bahnhof Ahrensfelde II im Restaurant Büttner. Rieger, Gontardstraße 5.

Es ist neu erschienen:
Kinderland 1928
Ein proletarisches Jahrbuch für die Buben und Mädels des arbeitenden Volkes. An dem Kalender haben auch dieses Mal die Kinder selbst tüchtig mitgearbeitet. Das „Kinderland" kostet
Mark 1.50
Zu haben in allen „Vorwärts"-Abgabestellen und Parteibuchhandlungen oder direkt von der „Vorwärts"-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Die Letzten!
Frisch geschlachtete ... Gänse 1.20
12 bis 14 Pfd. schwer, einzig i. Geschmack. Wegner, Berlin SO, Mariannenstraße 34 im Gänsekeller.

Blumenspenden
aller Art
... Paul Golletz.
vorm. ... Mariannenstraße 3, Ecke Naunynstraße. Amt: Moritzpl. 103 09

Krause-Pianos
zur Miete
W 9, Anhaltstr. ...

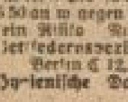
Silvester-Scherze!

Riesenbombe mit 30 Scherzartikeln 1.— M. Funkturm 30 Pf. Bilzan eine 30 Pf. Spiegel-Schokolade 20 Pf. Revolver-Zigarettenetui 50 Pf. Riesenbrille 35 Pf. Nacktänze 50 Pf. Glasbibel Dz. 30 Pf. an. Eßbare Hölzer 10 Pf. Jazztrompete und Klapper ... 30 Pf. Gebäck mit Stimme 35 Pf. Knallbonbon Mützen, Feuerwerk, Radauartikel sehr billig. Große Auswahl.
A. Maas & Co. Markgrafenstraße 84 a. d. Lindenstr. Gegr. 1850

Amerik. Journale
übersichtlich u. handlich
7, 8, 9, 10 11, 12, 13
14, 15, 17 19 Spalt

Juergens Alexanderpl.
KONTOBÜCHERFABRIK

Es ist neu erschienen:
Der illustrierte sozialdemokratische Abreißkalender für 1928
Jede Seite bringt Illustrationen. Der Kalender kann in jeder Hinsicht als Quelle und Hilfsmittel dienen. Er bringt Zitate aus sozialistischen Werken, eine Fülle von Sentenzen in Poesie und Prosa. Nahezu 100 Verbände geben hier authentischen Bericht. Der Kalender kostet
Mark 2.—
Zu haben in allen „Vorwärts"-Abgabestellen und Parteibuchhandlungen oder direkt von der „Vorwärts"-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3



Bettfedern
anerkannt billig und reell.
Pfd. grau 60 Pf., gerissen 90 Pf., Rupf 1.75, Halbdaune 2.75, 4, weiß vollDaunen ... Daune 4, 7, weiß 9—10, Schleißdaune 4.50—5. Oberbett in dichtem Inlett 6 Pfd. ... 12, 18, Kissen 3 Pfd. 3.50, 5.50 an ... gegen Nachn. Muster, Preisl. frei, ein Risiko ... Nichtpassend zurück. ... Bettfedernspezialhaus Sachsel & Stadler, Berlin C 12, Landsberger Str. 43. Hygienische Dampfreinigung gratis

Wandschmuckbilder
TEILZAHLUNG
ohne Anzahlung
kauft man direkt ab Fabrik
Kunstbilder- u. Rahmenfabrik
„Diamant", Prenzlauer Str. 47
Katalog gratis.

Holzhäuser liefert seit 25 Jahren Dickmann A.-G., W 57
Wochenendhäuser — Prospekte gratis!
Wald- u. Wasserparzellen-Nachweis